

2024-01-30

Peter – „Demokratie“, bei „99zu1“.

Zur zweiten Auflage des Buches „Demokratie, die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“

**Dieses Buch wird sehr viele Leute enttäuschen, nämlich alle, die über Demokratie unter dem Gesichtspunkt eines Konzepts oder einer schönen Idee oder eines nicht verwirklichten Ideals reden. Wir reden über die Demokratie, die es gibt, nicht über irgendwas, was man sich ausdenkt, sondern über die Demokratie, die in diesem Land herrscht.** Das wird für viele, die über die Sache von vorne herein nicht im Sinne einer Betrachtung der Wirklichkeit reden, eine Enttäuschung sein.

Es ist verdammt verbreitet über diese Demokratie nicht als das zu reden, was sie ist und nicht bloß unter Intellektuellen, die dann darüber befinden, was sie sein könnte und was sie leisten sollte, sondern bei jedermann.

Über die wirkliche Demokratie haben die meisten Leute eine ziemlich schlechte Meinung. Dass sie viel zu melden haben, dass auf sie gehört würde, glaubt kaum einer. Dass er mit seiner Wahlstimme viel bewirkt, wird man selten hören. **Dieselben Leute, die ziemlich abfällig über die Demokratie, wie es sie gibt, denken, sind aber jederzeit bereit, den Wert der Demokratie hochzuhalten und zu sagen, das in der Form des Wertes sie eine tolle Sache sei,** nämlich eine Ordnung, da geht's um den Bürger, da werden die öffentlichen Angelegenheiten im Interesse der Bürger geregelt und die Funktionäre der Macht hören auf die Interessen der Leute. Diese sehr allgemeine Stellung soll in dem Buch angegriffen werden, indem man sich mit der Staatsform Demokratie, die es gibt, befasst und nicht mit einer, die die man sich ausdenkt.

Der Staat, wie ihn jeder kennt, ist eine Obrigkeit, übt Herrschaft aus in der Weise, die auch jeder kennt. Es werden Gesetze erlassen, an die muss man sich halten. Sie scheiden, was erlaubt ist vom Verbotenen und sie weisen den Interessen der Menschen in der Gesellschaft den Weg. Auf die Weise, mit diesen Gesetzen und den verpflichtenden Regeln, denen die Leute unterworfen werden, zur Not immer mit der Gewalt, die der wirkliche Grund der Geltung der Gesetze ist, der Gewalt der Polizei und der Justiz, regelt die politische Obrigkeit das ganze Leben der Gesellschaft und zwingt die Bürger zu der kapitalistischen Kooperation, die ihren Alltag ausmacht. Dazu ist die Demokratie, die wir haben, die ideale politische Organisationsweise der Herrschaft, die sich diese Form gibt.

**Bei Demokratie denken die Leute so schnell an das Angebot, das sie an sie ist: Man wird gefragt, man darf abstimmen, im Wahlkampf kommen die Politiker sogar mal bei ihnen vorbei, in Kleingartensiedlungen oder in den Schulen etc. Man betrachtet es gerne als Angebot an den Bürger. Aber nimm's mal umgekehrt: Es ist eine Organisation, die der Staat sich gibt und mit der er den Bürgerwillen sich hinorganisiert.**

Das wäre mal die einleitende These und wenn wir nähere Betrachtungen der Unterabteilungen vornehmen, dann wird man hoffentlich merken, wie sich das alles bestätigt.

*Nadim:*

*Das Kernstück einer jeden Demokratie: Die freie Wahl. Was hat es mit dieser Wahl auf sich?*

**Im Sinn dessen, wie ich das gerade vorbereitet habe, muss man bei der Wahl sagen, sie ist in keiner Weise eine Aktivität der Bürger. Sie ist keine Tat, keine Forderung, kein Wille von ihnen, sondern die Wahl ist Teil der Verfassung. Sie wird angesetzt. Die Bürger -der Ausdruck ist ganz nett- werden „an die Urnen gerufen“.**

**Alles an der Wahl ist vom Staat vorgegeben:** Dass überhaupt gewählt wird, wann, wie oft, wie die Auswahl beschaffen ist, aus der man auswählen kann, wie ausgezählt wird, wie die Mandate verteilt werden... Alles das ist von der Verfassung und vom Gesetz vorgesehen und geregelt, also von oben geregelt. **Und es wird auch immer wieder mal verändert, ganz im Sinne dessen, was der Staat von der Sache will.** Wenn man jetzt mal an die Unterbedingungen der Wahl denkt, die 5%- Klausel, damit kleine Parteien nicht ins Parlament kommen und die Freiheit der politischen Willensbildung im Parlament nicht stören, die Freiheit des Regierens oder die Stabilität der Regierungsbildung nicht stören. Es gibt in schwierigen Zeiten – die hat es auch in Deutschland schon gegeben – die Diskussion: Sollen wir nicht die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre ausdehnen? Dann kann man freier regieren, dann braucht man sich nicht sobald wieder dem Votum stellen und dann ist die Regierung freier, rücksichtslos zu sein. Auch das ist im Moment aktuell im Bezug auf die AFD.

Man muss kein Mitleid mit dieser Partei haben, aber wie die Demokraten darüber nachdenken, wie man der das Wasser abgräbt, ob man sie verbieten soll, ob es besser ist, sie zu verbieten oder nicht zu verbieten und wenn man sie nicht verbietet, kann man ihnen dann vielleicht einfach die Staatsfinanzierung entziehen und sie dadurch austrocknen? **Das zeugt davon, wie von oben die Willensbildung, die in der Wahl stattfindet, rundherum organisiert wird, damit das richtige, nämlich die Freiheit des staatlichen Handelns, dabei herauskommt.** Das ist die Seite der institutionellen Regelung der Wahl.

Welche Rolle spielt **der Wähler** in diesem Verfassungsorgan Wahl? Er **wird an die Urne gerufen, um zu einer einzigen Entscheidung beizutragen, welche Personen, Repräsentanten von Parteien, für die nächste Periode ermächtigt werden, die Staatsgewalt auszuüben.** Das und sonst nichts. Die gewählten Repräsentanten sind dann nicht mehr ihren Wählern verpflichtet, sondern freigesetzt. Das heißt dann nur ihrem Gewissen verpflichtet, das heißt dem Staatsganzen. Aufträge von ihren Wählern dürfen sie nicht annehmen. **Die Wahl hat eigentlich ihre Freiheit gegenüber dem Wähler erzeugt und der Wähler von seiner Seite her hat eine Entscheidungsfreiheit delegiert, die er nie hatte.**

Man muss sich den Gedanken mal klar machen. **Die Wähler entscheiden, dass andere über sie entscheiden dürfen oder sollen, aber in Wahrheit ist die Frage, ob andere über sie entscheiden, niemals Thema. Der Staat als solcher kann weder gewählt noch abgewählt werden,** die Wähler bestimmen Repräsentanten, die die Macht dann ausüben und das zwar auf Zeit, in allen Wahlen aber immer wieder, also endgültig. **Insofern ist die Wahl vom Wähler her die Leistung dem Regiertwerden zuzustimmen.**

Der Wähler wählt aus dem Angebot. Welche Gründe er dabei hat, und die Wähler haben schon immer irgendwelche Gründe, ist vollkommen gleichgültig. Ob er das Wahlprogramm gelesen hat und dabei irgendwie einen Gesichtspunkt findet, dass sein Interesse da besser unterkäme als bei irgendeiner anderen Partei oder ob er bloß ein Gesicht sympathisch gefunden hat, ist vollkommen egal. Im Ergebnis geht sein Votum das bloß ein Kreuzchen war, nur als Zählgröße in dieses Gesamtensemble von Stimmen ein und trägt bei zu der

Ermittlung, welcher Partei die Mehrheit und welcher Partei die Minderheit zufällt und damit erst mal die Rolle der Ohnmacht oder die Rolle der Opposition.

*Nadim:*

*Es ist offensichtlich ein Herrschaftsverhältnis und es wird in gewisser Weise eine Zustimmung zur Herrschaft durch dieses Instrument der freien Wahl durchgeführt. Herrschaft an sich macht doch aber eigentlich nur dann Sinn, wenn die Herrschaft etwas anderes bezweckt als das, was die Leute bezwecken.*

*Dann macht es Sinn über Herrschaft zu sprechen. Aber viele Menschen würden sich gegen diesen Begriff auflehnen und sagen, das ist doch keine Herrschaft, die machen doch alles, was in unserem Interesse ist, das ist doch eigentlich nur die Umsetzung unseres Willens. Wie geht das zusammen?*

Die Anregung, Herrschaft gibt's nicht als Formelles über andere Bestimmen, ohne dass es dabei um etwas geht und zwar um etwas, was die, über die bestimmt werden nicht von sich aus so wollen und anstreben. Das ist ein klarer Fall und das ist in der Demokratie auch nicht nur der Fall, sondern das ist sogar geregelt, nämlich der Herrschaftswille meinetwegen auf der Seite der Regierenden hat einen Inhalt und der Inhalt existiert auch objektiv getrennt vom einzelnen Repräsentanten der an die Machtpositionen oder in die Ämter gerät, nämlich in der Form der Ämter. Die sind ihrerseits gesetzlich geregelt, mit Kompetenzen ausgestattet und mit Begrenzungen der Kompetenzen ausgestattet und als solche geben sie den Politikern, die dann in die Ämter geraten, vor, was die Aufgaben und die Grenzen ihres Ermessensspielraums sind, in denen und an denen sie sich zu betätigen haben, wenn sie Macht ausüben.

Was die Zwecke sind, die gehen nicht auf in dem, was die Bürger wünschen, das ist eigentlich sehr deutlich und prima übersichtlich geregelt im Umkreis der Ministerien, die so ein Staat hat. Wenn man sich die mal anschaut, dann merkt man, dass Herrschaft ausgeübt wird und zwar mit einem Zweck, der auch in diesen Ämtern ganz gut kenntlich ist. Eines ist das Finanzministerium. Was ist die Aufgabe des Finanzministers? Er organisiert die Staatsfinanzen, indem er sich von den Bürgern das Geld holt, das der Staat für sich braucht. Dieses Geld zu holen, ist kein Tausch, das ist kein Geben und Nehmen, sondern das ist eine hoheitliche Enteignung. Da beschließt die eine Seite, wie viel sie der anderen Seite wegnimmt und dann gehört es ihr. Insofern ist schon klar: Da wird der Gesellschaft Geld entzogen, den Reichen wie den Armen, um dem Staat die Mittel an die Hand zu geben, die er für seine Zwecke und Ziele braucht. Mit dem Geld übt er dann seine Herrschaft aus, indem er in der Gesellschaft alles mit Geld kauft und regelt, auf das es ihm ankommt.

Das zweite Ministerium, das wunderbar ergänzend dazu existiert und auch in einem gewissen Konflikt mit dem Finanzministerium steht, gerade heute, das Wirtschaftsministerium.

Dessen Aufgabe ist es, das private Verdienen zu fördern, damit es möglichst viel abwirft, von dem der Staat sich seinen Teil holen kann. Wenn es ums Fördern der Wirtschaft geht, dann geht es natürlich ums Fördern der großen Firmen, vor allen Dingen, weil die erstens selber die großen Umsätze machen und die großen Steuerbatzen einbringen und weil sie zweitens für ihre Gewinne sehr viele Leute brauchen, wenn sie, wie es dann heißt, Arbeitsplätze schaffen, die sie ihrerseits zu Steuerzahlern machen, die dem Staat Mittel einbringen, mit denen er, je mehr sie sind, desto freier, seine Ziele verfolgen kann.

Drittes Ministerium, das berühmte Ministerium für Soziales und Arbeit. In unserer Demokratie wird immer damit angegeben, dass es das Ministerium mit dem allergrößten Einzeletat ist. Das soll das Argument sein: „So viel haben wir für das Soziale übrig.“ Das ist auch so. Nur zeugt das davon, wie viel Elend und wie viel Unfähigkeit zur eigenständigen Lebenserhaltung einhergeht mit der Rolle der großen Mehrheit als Mittel der Wirtschaft und ihrer Gewinnmacherei, auf die es dem Staat sehr ankommt, weil es die Quelle seiner eigenen Mittel ist. All die Hilfen, die es braucht, damit die breite Masse eine Lebensführung hinkriegt, man muss ernstlich sagen, überleben kann, zeugt davon, dass für die lohnabhängige Bevölkerung Geld gezahlt wird, nicht, damit sie leben können und am Maßstab dessen was es dafür braucht, sondern dass die Bezahlung für Arbeit die sich für das Kapital lohnt, gegenüber dem Lebensbedarf vollkommen rücksichtslos ist. Deswegen wird, in all den Phasen, in denen man nicht nützlich ist, auch kein Geld verdient: in der Jugend, im Alter, wenn man krank ist, wenn man arbeitslos ist. Für all diese Segmente muss vorgesorgt werden, damit der Lohn überhaupt ein Lebensmittel ist, was er nämlich von sich aus nicht ist. Diese Leistungen zeugen davon, wie viel Aufwand nötig ist und was heißt schon Aufwand, im Grunde ist es ja nicht so, dass der Staat den Leuten Geld schenkt, sondern erstens schenkt er ihnen höchstens, was er ihnen vorher weggenommen hat und zweitens schenkt er ihnen in der Regel auch gar keine Steuern bei den großen Sozialposten, sondern organisiert eine Zwangssolidarität unter denen, die auf diese Sorte Nachhilfen angewiesen sind. Sie müssen einen Teil ihres Lohns in Zwangskassen einzahlen, aus denen dann diese Reproduktionsnotwendigkeiten finanziert werden.

Nehmen wir noch die das Bildungsministerium, das Gesundheitsministerium dazu.

**So zeugen diese Ministerien davon, wie unglaublich viel Aufwand, also gewaltsame Organisation nötig ist, um eine Gesellschaft fürs Kapital nützlich und produktiv zu machen.** Man kann jetzt die Ministerien weiter durchgehen, muss aber vielleicht gar nicht sein.

Das Innenministerium ist die Organisation, die die innere Gewaltseite des Staates als besondere Spezialaufgabe hat, mit Polizei und Justiz und Grenzschutz und Geheimdiensten die Gesellschaft unter Kontrolle hält, sicherstellt, dass sich an die Regeln gehalten wird und dass diejenigen, die irgendwie ausbüchsen, auf welcher Ebene auch immer, sei es eine nicht verfassungsgemäße Partei, seien es Verbrecher, kleine Sozialschwindler oder große Wirtschaftskriminelle, die alle in die Schranken gewiesen werden und damit die Geltung der herrschaftlich gesetzten Regeln den Vorrang behält.

Das Verteidigungsministerium: Die abschreckende Gewalt nach außen ist normal und gehört zu jedem modernen Staat, zum jedem demokratischen genauso wie undemokratischen, denn die abschreckende Gewalt nach außen ist die erste Bedingung der unangefochtenen, politischen Herrschaft nach innen. Man muss alle fremde Gewalt ferngehalten werden, damit nur die eigene das Lebensgesetz der Gesellschaft bestimmen kann.

**Die Ministerien machen so schon deutlich, dass es sich um eine Indienstnahme der Gesellschaft für den Reichtum des Staates handelt und der Reichtum des Staates, das ist dann der schöne Zirkel, dafür eingesetzt wird, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Basis des Staates wieder zu fördern, damit diese Verfügungsmacht des Staates immer weiter wächst.**

Schon der genannte Widerspruch zwischen den Ministerien legt nahe, dass es innerhalb der staatlichen Agenda tatsächlich Alternativen gibt und dass sie auch sein müssen, weil es Widersprüche zwischen den Aufgaben der Ministerien gibt.

Nehmen wir das Finanzministerium. Es kann der Gesellschaft mehr Geld wegnehmen, dann hat der Staat mehr Geld, aber damit entzieht er denen, die mit Geld etwas anstellen können, akkumulieren und Wachstum anleiern, Arbeitsplätze schaffen können, Reichtumsmittel. Man kann als Staat die Reichen schonen, dann haben die mehr Geld zum Akkumulieren, aber dann muss man auch bei den Aufgaben, bei den staatlichen Leistungen für Infrastruktur, Bildung, Forschung etc entsprechend knapsen. Man kann es auch umgekehrt machen, man kann mehr Steuern eintreiben, dann kann der Staat mehr Leistungen für das Wirtschaftswachstum erbringen, aber dann muss die Wirtschaft auch die höhere Steuerbelastung aushalten. Man kann die Reichen mehr besteuern und die Armen schonen, im Interesse ihrer Funktion, aber auch umgekehrt, man kann als Staat mehr Schulden machen und mit mehr Schulden mehr Leistungen für das Wirtschaftswachstum erbringen und darauf spekulieren, dass dann die Privaten die Gelegenheiten ergreifen und entsprechendes Wachstum erzeugen. Man kann aber auch umgekehrt weniger Schulden machen und mit entsprechenden Konsequenzen sparsamer Wirtschaften.

Das sind lauter Alternativen, die es gibt und diese Alternativen sind normal. Die werden in allen Staaten, ob demokratisch oder nicht, irgendwie entschieden. In den Demokratien werden sie dadurch entschieden, dass Parteien sich als Alternativen anbieten können und dann für die Wahlperiode, wenn sie die Wahl gewinnen, den Zuschlag bekommen und können ihre Prioritäten praktisch werden lassen. Die in der Minderheit sind, werden auch nicht verboten und nicht unterdrückt, sondern in die Opposition verbannt, in den respektierten Wartestand, der so lange nicht zum Zuge kommt, bis seine Chance kommt.

**Diese Agenda des Staates, von der ich jetzt geredet habe, hängt nicht an der demokratischen Form. Jede Diktatur kriegt das auch hin, man muss bloß an China denken oder an den deutschen Faschismus, von dem die von dem die Bundesrepublik den größten Teil der Gesetze und den Zuschnitt der wichtigsten Ministerien übernommen hat. Die Agenda hängt nicht an der demokratischen Form. Die demokratische Form ist bloß eine Weise, diese Agenda zu organisieren.**

*Nadim:*

*Die Agenda steht fest und innerhalb der Agenda gibt es Alternativen, alternative Staatsführungen, alternative Wege, wie man die Herrschaft ausführen kann und spezifisch eine Herrschaft über eine kapitalistische organisierte Gesellschaft. Diese Art der Herrschaft steht fest.*

*So sehen das die Leute nicht, die zu den Wahlen gehen oder sich affirmativ zu dieser Demokratie stellen. Die kommen mit ihren eigenen Zwecken und Forderungen an, sind besorgt, dass sich in ihrem Leben irgendetwas zum Besseren wendet.*

*Es sind auch alle Politiker, die auffordern, bringt eure Themen ein. Da wird Politikverdrossenheit moniert, wenn es nicht genug Leute zur Wahl kommen. Die werben also dafür, gewählt zu werden, indem sie an die Zwecke der Leute appellieren, in diese Gruppen gehen, Gemeinden besuchen. Was ist dann die Agenda der ganzen Geschichte, wenn die schon feststeht?*

Vorwurf: „Wahlverdrossenheit“ oder „Politikverdrossenheit“:

Das ist noch ein schönes Dokument dessen, dass die Wahl ein Dienst am Staat ist. Bei der Wahl wird darauf geachtet, wer gewonnen hat und immer darauf, wie die Wahlbeteiligung war. Das mögen die Staaten nicht, obwohl übrigens praktisch nichts davon abhängt. Eine Regierung kommt immer Zustande, auch wenn bloß 20% gewählt haben sollten. Aber das zeugt davon, dass die Bürger nicht auf die Politik setzen, dass sie kein Vertrauen in die Leistungs-, heute sagt man Problemlösungsfähigkeit der Politik haben. Das ist ärgerlich, denn **darauf kommt's dem Staat an, dass die Bürger der Ermächtigung zustimmen, dass sie sich willentlich unterordnen. Wenn sie dann nicht zur Wahl gehen, dann haben sie sich zwar auch untergeordnet, denn es ändert nichts, aber die freiwillige, ausdrückliche Unterordnung und ausdrückliche Zustimmung zum Regiertwerden, die fehlt dem Staat.**

Du sagst: „Die Bürger in der Demokratie kommen mit ihren Interessen etc.“

Das gibt's, aber das ist immer schon halb außerhalb des demokratisch Vorgesehenen. Das kann man in Demos machen, wenn die Bauern mit ihren Treckern rumfahren und alles Verstopfen, dann werden welche aktiv. Aber wenn man die politische Willensbildung, die es braucht, damit diese Delegation einer Entscheidungsfreiheit, die man nie hatte, passiert, **wenn man sich diese Willensbildung anschaut, dann muss man sagen: Auch bei der gilt, wie bei der Wahl: Überhaupt nicht mit Aktivität der Bürger. Das ist alles Aktivität der anderen Seite. Den Bürgern wird ihr Wille gebildet, aber es sind nicht sie, die das Nötige dafür tun. Die Akteure sind die Parteien und Kandidaten, die um die Stimmen werben.**

Jetzt kommt der Punkt, an den du erinnerst: Das Besondere an der Demokratie, wie ich vorhin schon mal gesagt habe, die Politiker gehen zu den Wählern hin, in Kleingartenvereine, Jägerverband, Schulen, auch zu Gewerkschaftstagen und zur Großindustrie. Sie „verbeugen“ sich vor den Interessen der Bürger, erklären ihr Verständnis für die Anliegen, die die Leute haben. -Dahin gehört, dass sie ins Land fahren, und hinterher erzählen, dass sie viel zugehört haben. Zuhören können ist eine Politikerqualifikation.- Dann aber, **was daraus folgt aus dem Zuhören können, dass man weiß, wo der Schuh drückt, als Dokument/Ausweis ihrer Kompetenz, dass sie wissen, wie mit den Interessen der Leute umzugehen ist. Sie empfehlen sich den Leuten aber nicht als Exekutoren ihrer Interessen, als Dienstleister und Erfüllungsgehilfen von dem, was die Leute wollen, sondern sie präsentieren sich den Leuten als kompetente Entscheider darüber, welchen Platz ihr Interesse, das ehrenwert ist wie alle anderen auch, im Gemeinwesen verdient und kriegen soll. Sie versprechen ihnen nicht Erfüllung, sondern Gerechtigkeit beim Einbau ihrer Interessen in das Gesamtsystem.**

Das ist auch der Unterschied zur Werbung.

Wahlwerbung - über sie gibt es viele abfällige Urteile, „Waschmittelwerbung“ und „Einseiferei“ vielleicht sogar „Wahlbetrug“, das ist ein beliebtes Wort. Damit erfasst man das, was der Wahlkampf ist, sehr schlecht. **Denn von Betrug, von Hinters-Licht-Führen kann nicht die Rede sein. Die Politiker gehen auf die Interessen zu, um ihnen zu sagen, dass sie eingeordnet gehören ins große Ganze.**

Dazu gehört: „Euer Interesse ist in Ordnung, wir haben schon viel für es getan, wir wollen noch viel mehr für es tun, aber ihr müsst bedenken, es gibt noch viele andere ebenso ehrenwerde Interessen. Die müssen wir auch berücksichtigen und die wollen wir auch

berücksichtigen und außerdem erlaubt der Staatshaushalt mit seinen finanziellen Grenzen nicht alles zu finanzieren, was wünschenswert wäre.“

**Das hat immer den Charakter von: „Ich weiß, was möglich ist, du hast deine Wünsche, aber die musst du mir zur Beurteilung überlassen, denn ich weiß, was möglich und was richtig ist.“ In diesem Sinn betreiben Politiker Werbung, die etwas ganz anderes als die kommerzielle Werbung ist: Die kommerzielle Werbung, verlogen oder nicht, verspricht Befriedigung, die politische Werbung verspricht bestenfalls Gerechtigkeit.**

*Nadim:*

*Es gibt Leute, die anfangen sich darüber lustig zu machen, die Wahlplakate als lächerlich empfinden, die Wahlversprechen immer schon als Betrug entlarven, große Zyniker tun das dann als ein Theater ab. Diese Leute findet man in der demokratischen Gesellschaft überall. Es gibt kaum einen, der das wirklich mit voller Inbrunst ernst zu nehmen scheint. Auch wenn dann trotzdem alle wählen gehen. Auch die Leute, die ihr Kreuz machen, sagen: „Wählen hilft nichts, aber man muss es trotzdem machen.“ Wie passt das ins Bild?*

Die Umworbene sind sehr skeptisch bezüglich der Glaubwürdigkeit dieser Wahl-Werbung, das gehört dazu und passt zu dem, womit ich heute eingestiegen bin: Über die wirkliche Demokratie hat jeder eine schlechte Meinung und auch über den Wahlkampf.

Wahlversprechen hört man gern heraus, versprochen wird da gar nichts, aber man geht davon aus, dass man sie nicht zum vollen Wert nehmen darf. Umgekehrt schon. Das geht in den Ernst des nächsten Punkts rein. Es gibt den Vorwurf der Wahlversprechen: „Was, ihr wollt den Staat binden an irgendwelche Bürgerwünsche, bloß weil ihr gewählt werden wollt?“ **Den jeweiligen Konkurrenten wird schnell der Vorwurf des Wahlversprechens gemacht. Dann ist das nicht das Gute, dass dieser Staatsmann den Leuten etwas verspricht, sondern das Schlechte, dass um des Wahlerfolgs willen dem Staat Pflichten gegenüber Bürgerwünschen aufgeladen werden.** „Wo kommen wir denn da hin?“

**Der Wahlkampf ist eine große Schule des Nationalismus.**

Dabei meine ich Nationalismus nicht gleich in dem Sinn als die Feindseligkeit der eigenen Nation gegen andere, die Einstellung, dass Ausland und Ausländer immer etwas Verdächtiges und Störendes sind. Sondern in dem Sinn, dass der Wahlkampf, der ist kein einmaliger Akt von vier Wochen vor der Wahl, sondern der Wahlkampf ist eigentlich das Dauerprogramm der politischen Bildung.

**Dieser Wahlkampf legt den Menschen mit seinen Sorgen darauf fest, den Staatserfolg zu seinem wichtigsten Anliegen zu machen.** Die Anliegen der Bürger werden aufgegriffen.

Davon war schon die Rede.

1. Die Politiker gehen zu den Bürgern und Bürgerversammlungen und den verschiedenen Schichten und Berufsständen hin und zeigen Verständnis für deren Anliegen.
2. Dann wird dabei mitgeteilt: „Um verwirklichen zu können, was ihr braucht, muss der Staatshaushalt stimmen, müssen die anderen Interessen auch befriedigt werden, die euren entgegenstehen.“ **Auf diese Weise wird dem Bürger abverlangt, dass er die Sorgen und**

**Interessen die er hat, vom Standpunkt des Staates aus betrachtet, als die Probleme, die er ihm mit seinen Sorgen macht. Die Leute sollen über sich nachdenken, als ob sie die Politiker wären, die über die Interessen, die man selber hat, zu entscheiden haben.** Sie werden animiert, sich Lösungen auszudenken, wie man die Rente finanzieren könnte, wenn sie schon immer zu niedrig ist, wo das Geld herkommen könnte, von dem der Rentner dann leben muss.

Der Übergang von „Ich habe meine Interessen und meine Sorgen und jetzt soll ich so über sie nachdenken, wie wenn ich der Kanzler wäre, der das zu regeln hat“ ist das, was ich mit Schule des Nationalismus meine.

**Auf diese Weise werden die Leute darauf verpflichtet, den Fehlschluss zu machen, weil über sie regiert wird, weil sie den Entscheidungen der Obrigkeit unterworfen sind, müssen sie deren Erfolg zu ihrer Sache machen.** Das ist das ist erst mal die große logische Leistung dieser politischen Werbung. **Diese Leistung macht die Presse jeden Tag. Das ist nicht nur Wahlkampf.** Dieser Übergang, die Bedürfnisse der Leute aufzugreifen, um dann zu sagen, dann müsst ihr euch aber den Erfolg des Staates zum Anliegen machen, denn sonst geht euer Anliegen sowieso nicht.

**Diese Schule des Nationalismus geht auch noch viel primitiver und direkter.**

Für den größten Teil des Publikums besteht er auch in gar nichts anderem als in ein paar Sprüchen, mit denen die Politiker sich als die Verteidiger des großen Wir präsentieren, also den Menschen schon gleich darauf verpflichten, dass er sich als Mitglied der Nation sieht und die Anliegen der Nation seine sind.

Man kann ein Wahlplakat machen, da steht nur drauf: „Wir in Deutschland“, dann steht unten CDU oder SPD, ist schon egal. Diese Verteidiger des großen Wir, die Verpflichtung des Menschen, die Nation zu seiner Sache zu machen, steckt auch in Wahlsprüchen wie „Gegen Spaltung, für gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Was ist das für ein Aufruf? Die Nation zusammenhalten, den inneren Frieden wahren.

Das lässt sich primitiver machen, dann kann man auch einfach „Deutschland“ auf ein Plakat schreiben und schon ist klar, worum es geht. Deutschland = das Wir oder „Du bist Deutschland“ hat es mal gegeben. Oder „Bayern muss Bayern bleiben“. Wer wollte Bayern zu Hessen machen? Mit sowas kommt man an, mit sowas kann man sich als Partei sehen lassen und es wird verstanden. Auch die Parole „Zukunft“ ist gut. Die benennt den Gegenstand gar nicht mehr, sondern bloß, dass es doch unbedingt weitergehen muss. Über solche Sachen kann man sich dann leicht lustig machen, wenn man Lust hat, weil in der Zusammenfassung keine Erinnerung an Interessen mehr vorkommt, sondern nur noch das Resümee, auf das das Ganze hinaus will. Aber nach der Seite hin ist es besser, man nimmt's ernst als man lacht bloß darüber, denn **worauf will das denn alles raus? Auf Identifikation des der Nation unterworfenen Individuums mit seinen Interessen unter den Erfolg der Nation.**



*Nadim:*

*Herrschaft braucht immer ein Herrschaftssubjekt, also jemand herrscht über jemanden. Über wen jetzt geherrscht wird, darüber haben wir schon ausführlich gesprochen. Die Bürger, die dann zur Wahl marschieren. Wer herrscht denn eigentlich in dieser Demokratie?*

Na, ist doch klar, die Amtsträger herrschen. Wenn man die Frage trivial nimmt, ist sie auch trivial zu beantworten. - Was ist denn eigentlich gemeint mit der Frage?

*Nadim:*

*Das sind doch alles Volksmitglieder, die werden gewählt und fallen dann wieder raus, das hängt dann an den Leuten, die für vier Jahre an der Macht sind. Daran kann das Volk etwas ändern. Deswegen die Idee: Da herrscht doch das Volk über sich selbst.*

Man kann den Satz auch so sagen: Wie anders soll das Volk über sich selbst herrschen? Da werden Menschen ermächtigt, Entscheidungen zu treffen die alle anderen betreffen und denen die anderen untergeordnet werden. Das sind Menschen mit Fleisch und Blut. **Die haben ihre Macht nicht von der Wahl, sondern von dem institutionellen Rahmen, in den sie hineingewählt werden. Der Staat existiert vor der Demokratie, auch unabhängig von ihr.**

Wenn man es historisch nehmen will. Die heutige deutsche Demokratie gründet auf den Sieg der Alliierten und auf den Umstand, dass die Alliierten mit ihrer Macht, die aus den Gewehrläufen kommt, das staatliche Leben im Nachkriegsdeutschland wieder hinorganisiert haben.

Die haben nicht auf eine Demokratie gewartet, sondern das Eigentum geschützt und den Arbeitern des Aneignen von Fabriken verboten, was die am Anfang tun wollten. Sie haben dadurch ein Staatsleben wieder auf die Beine gebracht und dann haben sie den nicht-faschistischen Politikern, die überlebt haben, gesagt, setzt euch mal in Herrenchiemsee zusammen und erfindet eine demokratische Verfassung. Die Verfassung ist das rechtliche Sahnehäubchen auf den Staat drauf, aber nicht die Quelle der Staatsmacht. Also die Staatsmacht ist schon die objektive Macht.

Es herrschen also lauter Personen, die fällen Entscheidungen über andere und zwar durchaus nach ihrem Ermessen. Das tun sie im Rahmen der Aufgaben, die ihnen im Rahmen der Staatsverfassung zugewiesen sind und dass sie in diesem Rahmen bleiben, darauf achtet die Staatsverfassung wieder. Dass sie darauf achten muss, ist auch kein Zufall, denn zu diesen Herrscherfiguren gehört schon auch, dass sie meinen, es kommt furchtbar auf sie an und ihr Gutdünken ist das Nationale Wohl. Jeder Politiker trennt sich von seinem Amt sehr ungern, nicht erst Donald Trump, und jeder meint, er ist im Grunde unersetzlich, sein Wille ist das Allgemeine Wohl und deswegen gibt's auf der anderen Seite die Checks und Balances des Rechtsstaats, die den Politikern in ihren Ämtern die Grenzen ihrer Entscheidungsfreiheit zuordnen und damit ihre Funktion fürs System sicherstellen.

Es ist bloß verkehrt, zu denken, also herrscht doch nicht irgendwer, sondern das System. Das muss man schon verstehen. Nur dadurch herrscht das System, Menschen aus Fleisch und Blut müssen Gewalt ausüben, damit das Eigentum respektiert wird und nur durch diese Gewalt entsteht die **ökonomische** Macht des Eigentums. Insofern darf man nicht sagen, „es

herrscht das System und die Politiker sind bloß Hampelmänner des Systems“, sondern ihre Herrschaft ist die notwendige Weise, wie das kapitalistische System als Staat organisiert ist.

Das Argument „Die werden doch selber aus dem Volk gewählt und können abgewählt werden, wo ist denn da Herrschaft?“ Da möchte man schon sagen, irgendwo wird's primitiv. **Dass jemand Herrschaft ausübt, der gewählt ist, nimmt doch nichts davon zurück, dass er Herrschaft ausübt.** Und wenn er es auf Zeit tut, tut er es auf Zeit und nicht auf Ewigkeit. **Das ist ja der Reiz an der freien Wahl, dass die Personen, die Herrschaft auf Zeit ausüben, damit die Herrschaft als solche auf Ewigkeit gestellt ist.**

Politiker im Wahlkampf legen Beweise ab für ihre **Glaubwürdigkeit** und sind total bestrebt, die Glaubwürdigkeit ihrer Konkurrenten zu untergraben. Das geht mit allem möglichen Zeug. (In Amerika gibt's da ganze Industrien dafür, wie man die Glaubwürdigkeit eines politischen Konkurrenten untergräbt.) Die Hauptsache ist die, dass Glaubwürdigkeit selber schon eine Kategorie ist, die eigentlich den Herrschaftscharakter dieser Figuren unterstreicht oder beweist. Politiker treten an die Bürger heran und sagen: „Ich bin einer, dem kannst du glauben.“

**Sie werben um Vertrauen bei denen, die vertrauen müssen, dass die Politiker den Staat schon im bestmöglichen Sinn lenken und sie dabei auf die irgendwie relativ beste Weise wegkommen.**

Der Umstand, dass die Bürger im Wahlkampf und durch ihn zum Nationalismus erzogen werden, dieser Wechsel von meinen Interessen zum Erfolg des Staates als dem wichtigsten Anliegen, diese Leistung des Wahlkampfes hat überhaupt nicht den Inhalt, dann seid ihr auch quasi Politiker und könnt mitreden. Sondern: **„Ihr Bürger müsst den Übergang machen zum Nationalerfolg als dem wichtigsten Anliegen, aber zum Mitreden qualifiziert euch das überhaupt nicht. Die Politik machen, das tun die Befugten und denen muss geglaubt werden.“**

**So, wie man die eigene Glaubwürdigkeit unterstreicht, so ist man bemüht, die Glaubwürdigkeit anderer zu destruieren.** In diesem Spiel glaubwürdig als Führungspersönlichkeit zu sein, kommt die nächste Ungeheuerlichkeit: Da ist Erfolg das beste Mittel für Erfolg. Jemand, der schon viele Follower hat, der verdient viele Follower. Deswegen werden dann Wahlparteitage inszeniert, in denen die Parteibasis ihre Frontleute bejubelt, damit das Publikum sieht, wie viel Begeisterung diese Führungsfiguren schon auslösen, damit sie bei den anderen auch die Begeisterung auslösen. **Alles das unterstreicht noch mal sehr deutlich, dass das nichts von Arbeitsteilung an sich hat, im Sinn von der eine schreibt Kassenzettel und der andere schreibt Gesetze, sondern dass von Leuten, die den anderen gegenüber als Führungspersönlichkeit auftreten, die Rede ist und die anderen welche sind, die zustimmen sollen, dass sie geführt werden.**

Es gibt wie gesagt **Alternativen der Staatsführung** und Politiker bewerben sich bei den Wählern als welche und im Ton, dass sie den Staat besser lenken als die die bislang an der Regierung sind. Und die ihn gerade lenken, lenken ihn weiterhin so toll, wie sie es bisher gemacht haben.

**Dafür, dass sie sich den Bürgern als die richtigen für die Ämter empfehlen, brauchen, suchen und kultivieren sie Unterschiede untereinander, weil es Unterschiede beim Staat-Machen gibt, aber das Erfolgskriterium ist immer dasselbe.** (Die Alternativen wurden schon erläutert.)

**Aber ob man es so macht oder anders, am Schluss bemisst sich alles daran, ob das Wirtschaftswachstum befriedigend ausgefallen ist und deswegen die Mittel des Staates, mit denen er die Gesellschaft dann lenkt, reichlich ausfallen oder ob Wirtschaftskrise ist und sie dann knapp ausfallen.** Dann hat sich wieder erwiesen, dass der Staat den armen Leuten viel zu sehr entgegengekommen ist und die Löhne nicht mehr rentabel sind im Land oder wir noch viel länger arbeiten müssen etc.

Das Erfolgskriterium ist immer das Entscheidende. Es werden Unterschiede kultiviert, auch erfunden, die überhaupt nichts wert sind, um sich als der andere darzustellen. Dafür schreiben die Parteien dann Parteiprogramme, die zurecht niemand liest, weil der größte Unterschied zwischen den Parteien überhaupt nicht der ist, ob man jetzt SPD oder CDU heißt, sondern der größte Unterschied ist der, ob man an der Macht ist oder in der Opposition.

**Die an der Macht sind, stellen ihr Staatshandeln als die unter den gegebenen Umständen bestmögliche Realisation der Kompromisse dar,** die nötig sind. Meistens haben sie unter widrigen Umständen immer noch sehr viel erreicht für ihr Land.

**Die Chance und die Aufgabe der Opposition** ist -das hat nichts mit ihrem Programm zu tun- diese Leistungsbilanz nach Kräften madig zu machen, so gut es irgend geht zu beweisen oder Dokumente dafür anzuführen, dass nichts dran ist an dieser positiven Leistungsbilanz. **Die Opposition appelliert an die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Regieren, gibt ihr recht, verstärkt sie, zum Teil evoziert sie überhaupt erst Unzufriedenheit, um sie auf die eigenen Mühlen zu lenken und die Unzufriedenheit auf schlechtes Regieren zurückzuführen. Darin steckt der Idealismus.** Dass es für die Unzufriedenheit für die Menschen mit ihrer Lage im Kapitalismus und mit den Leistungen des Staats keinen anderen Grund gäbe, als schlechtes Regieren und man müsste sie ranlassen. **Diese Leistung, Unzufriedenheit für die politische Konkurrenz zu benutzen, ist eine ganz besondere Leistung der Demokratie.**

Kleiner Exkurs:

Es war sozusagen die Schwäche des Realen Sozialismus, dass er tatsächlich die Bedürfnisse der Bevölkerung, die immer weiterentwickelten Bedürfnisse der Werktätigen, echt befriedigen wollte, zufrieden stellen wollte und dann auch Adressat aller Unzufriedenheit gewesen ist, die es dann bei ihm nicht geben durfte. Die Demokratie ist da freier. **Die Demokratie hat nicht das Problem, dass sie zufriedene Bürger braucht. Sie kann mit der Unzufriedenheit sehr viel anfangen.** Sie mobilisiert und instrumentalisiert die Unzufriedenheit für die Erneuerung der Hoffnung auf gutes Regieren und für die Erneuerung des Personals in den Ämtern, in den Positionen der Macht. In dem Sinn ist dieses „Herr Kanzler, Sie können es nicht!“ das Merz dem Scholz gegenüber gesagt hat, dieses Ideal, wenn man richtig regiert, dann erntet man keine Unzufriedenheit und das gilt für die Opposition, wenn sie genug Unzufriedenheit aufgeregt hat und die Wahl gewinnt, dann gilt das für sie so lange, bis sich gegen sie wieder genug Unzufriedenheit ansammelt,

bis wieder ein Wechsel ansteht. Die Demokratie braucht überhaupt keine zufriedenen Bürger. Die kann mit der Unzufriedenheit gut leben, weil die Unzufriedenheit funktionalisiert wird für den politischen Prozess selber.

Den Stellenwert dieser Unterschiede unter den Politikern, den charakterisieren sie selber, wenn die Wahl vorbei ist. Vor der Wahl haben sie die andere Partei als inkompetent, womöglich als „Sicherheitsrisiko für unser Land“, haben sie die andere Partei als absolut unmöglich verworfen. Hinterher, wenn die Mehrheitsverhältnisse entsprechend sind, koalieren sie mit ihnen. Damit machen sie selber deutlich, was die Unterschiede wert waren. Sie waren gut, um den Wähler auf sich zu ziehen und von den anderen abzuwenden. Das ist der entscheidende Stellenwert der Unterschiede. Sogar noch der Umstand, dass der politische Chef, wenn er eine Wahl verliert und abtritt, ist ein Dokument dessen, dass er auch davon ausgeht, dass der andere, der dann an die Macht kommt, den Staat nicht so grundsätzlich anders lenken wird, wie er selber das getan hat. Wo das nämlich nicht der Fall ist, da hört nicht die Konkurrenz der Machtfiguren auf, sondern die demokratische Form, in der sie ausgetragen wird. Dass Politiker nicht abtreten, wenn sie die Wahl verlieren, das hat man erlebt mit dem Trump und wer sich noch daran erinnern kann, als Schröder gegen die Merkel verloren hat, da hat er Fernsehen gesagt: „Sie glauben doch nicht, dass diese Frau das Land lenken kann.“ Das ist auch nah dran an: „Ich bin doch unersetzlich, ich bin der Staatswille und diese inkompetente Person, der kann man doch das Land nicht überlassen.“ Diese Identifikation des Politikers mit seinem Staatsamt droht immer. Wenn die bereit sind, diese Identifikation wieder aufzugeben, dann dokumentieren sie, dass der Unterschied zu den anderen Parteien so groß nicht ist.

Was man am Wahlkampf sehen kann, sind alles Zeichen davon, dass die ganze Geschichte eine Veranstaltung von oben ist, ein In-Dienstnehmen des Volkes oder des Wählers für seine institutionelle Rolle bei der Besetzung der Staatsämter. Aber: Nicht in der Wahl macht der Bürger sich den Staat gemäß, sondern in der Wahl macht der Staat sich den Bürger gemäß. Das sollte jetzt diese Zusammenfassung sein.

*Nadim*

*Die Unterschiede der Parteien: Es gibt doch Unterschiede zwischen den Parteien und wenn eine Partei an die Macht kommt, dass dann bestimmte Gruppen, Minderheiten etc diskriminiert werden und das dann auch negative Auswirkung haben kann, also das Kleinreden der Unterschiede nicht zutrifft.*

**Es gibt Alternativen, den Staat zu führen, den Wirtschaftserfolg herbeizuführen und mit dem Wirtschaftserfolg den Staat zu stärken** und mit dem gestärkten Staat wiederum seine eigene Grundlage zu stärken. Dieser Zirkel, den kann man auf verschiedene Weise betreiben und angehen.

**Dann gibt es natürlich auch Unterschiede auf der Ebene der Kultur, des Respekts vor Minderheiten, des Respekts vor Identitäten etc.** Da kann der eine sagen, dieses ist ihm lieber und jenes ist ihm lieber. Nur auf welcher Ebene sind die Unterschiede angesiedelt? Wer sagt, er geht wählen, weil z B von den Rechten die Schwulen und die LGBT-Community geringschätzig behandelt werden.

Da hat man einen Unterschied der Parteien. Wenn man sich an den Unterschied hängt, dann unterschreibt man den ganzen Rest von dem heute die Rede war, die Unterordnung unter die kapitalistischen Rollen, die Erzwingung der kapitalistischen Rollen - davon muss ich vielleicht später noch mal reden- die wirkliche Staatsleistung. Das alles wird akzeptiert und unterschrieben, weil man sagt, ich habe einen aparten Gesichtspunkt, meinen nämlich, unter dem finde ich die einen besser als die anderen und irgendeinen kriegt man ja sowieso, also wähle ich die.

Da meint jemand, er hat einen eigenen Gesichtspunkt, aber in Wahrheit hat irgendwie jeder so einen Gesichtspunkt, gerade weil die Unterschiede auf einer Ebene sind, die hat auch etwas Lässliches. Die Ebene der Kultur und des Respekts und auch der speziellen Förderung von Alternativkultur oder Hochkultur und abweichenden Minderheiten oder Mehrheitsgesellschaften.

**Aber dafür, dass er Ja sagt zu der Rolle, die er in dem Gemeinwesen spielt und die ihm zugewiesen ist, die nicht Gegenstand seiner Wahl ist. Jeder findet irgendeinen aparten Gesichtspunkt unter dem er einen Unterschied zwischen den Parteien wichtig nehmen kann. Damit hängt man sich an den ganzen Laden heran.**

*Nadim:*

*Stichwort Geheimgespräch, Masterplan Remigration. Danach ging ein Aufruhr durch die gesamte Gesellschaft und seitdem hat man das Gefühl, es geht eigentlich schon der Wahlkampf 2025 los. Es wird groß demonstriert und darüber geredet man müsste sich jetzt vorbereiten um die AFD zu verhindern.*

*Du hast schon ausgeführt, was diese partikularen Interessen sind und wie die sich einordnen in das gesamte Thema.*

*Wenn man sich jetzt mal die Bedrohung von rechts vornimmt, ist das denn nicht ein Argument, zu sagen, da kann es dann tatsächlich noch um einiges schlimmer werden für viele Menschen und da macht's dann Sinn, auch mal etwas zu wählen, was man eigentlich nicht leiden kann, um die AFD zu verhindern?*

Die Demonstrationen die leben jetzt davon, dass das einen gewissen Schock bewirkt. Man erinnert sich, vielleicht ist es auch ein bisschen gewollt, an die Wannseekonferenz und hat den Vergleich zu der Potsdamer Konferenz und kriegt mit der Perspektive von wirklichen Deportationen einer größeren Zahl von Menschen -auch die Grenze, an der die Moral dann wach wird- ist das, ob es deutsche Staatsbürger sind oder nicht, die deportiert werden sollen, die Ausweisung von Asylanten, die man nicht will, die ist ja völlig normal inzwischen, also jedenfalls moralisch normal. Das schockiert und da fühlt sich mancher erinnert daran, wozu das geführt hat damals im Dritten Reich und wie es geendet hat, wie furchtbar dieser Exzess des Nationalismus gewesen ist und wie sehr Deutschland als Ganzes darunter gelitten hat am Schluss.

Das ist etwas, das will man nicht. Da würde ich jetzt als Erstes mal sagen, das sollten mal die Demokraten, die sich hier entsetzen und zurecht entsetzen, dass das alles irgendwie mit ihrer Demokratie vereinbar ist. Sie müssen darum kämpfen, auf die Straße gehen, weil die Möglichkeit, dass diese Leute eine Wahl gewinnen und dann ihre Politik machen, wirklich drin ist. Demokratie als solche verhindert gar nichts. Sie ist keine Garantie für irgendetwas. Das wäre mal das erste Mal, den Spieß umdrehen, nicht sagen, da lohnt es sich zu engagieren, sondern zu sehen, in was für einem Gemeinwesen man lebt, das auch das als

eine Möglichkeit kennt, eine Möglichkeit, die die Leute jedenfalls jetzt für so real halten, dass sie meinen, sie müssen auf die Straße gehen.

Das andere ist: Beim Wählen gilt, was ich schon eingangs gesagt habe: Mit dem Wählen verhindert man gar nichts, denn gewählt sind hinterher irgendwelche Leute und die entscheiden dann, was fällig ist. Die ehrenwerten Demokraten machen heute die Ausländerpolitik, die bis gestern nur die AFD gefordert hat. Hat man das gewählt, hat man gemeint, das will man jetzt haben durch die Wahl von SPD und Grünen? Jetzt sind diese Asylverfahren in irgendeinem Ruanda, also es ist noch nicht real, aber es wird ganz ernsthaft gesucht nach Wegen, wie man das hinkriegt, Asylverfahren an den Außengrenzen der EU, dass die erst mal gar keinen Fuß in das Inland bringen, so dass man nicht in der Pflicht ist, dem eigenen Asylschwur auch noch irgendwie praktisch nachzukommen und sie in ein reguläres Asylverfahren hineinzulassen. Auch das ist jetzt real: Abschiebeknäste, wo man sie braucht. Bis gestern hat das die AFD gefordert und die anderen haben gesagt, das wäre inhuman oder unserer Zivilisation nicht entsprechend. Inzwischen ist es Politik.

Was zur Politik wird, ist nicht das, was die Parteien in der Wahl oder mit ihrer Identität versprechen, sondern was sie meinen, dass in der entsprechenden Lage das Angemessene ist. Da passt jetzt eben der Umstand, dass die Asylsuchenden so viele sind, dass man in Europa keinen Konsens herkriegt, wenn man nicht total radikale Abweisungen betreibt. Dann ist es auf einmal auch ein deutscher Weg. Das war jetzt zum Argument, dann wählen wir nicht die AFD, sondern die anderen und dann hinterher machen die anderen die Politik, die die AFD will oder wollte. Nach der Seite hin ist die Wahl kein Mittel und es war sie nie.

Ein kleiner Zusatz:

Es ist fast schon der gute Ton, dass der Wähler von sich sagt, er wählt das kleinere Übel. Das passt auch zu dem, dass man über die wirkliche Demokratie immer eine schlechte Meinung hat. So richtig positiv, „diese Partei macht's richtig, die macht, das was ich will und brauche“ ist sehr selten. Die Regel ist, es geht darum, etwas zu verhindern andere verhindern rechts verhindern links links taugt nichts, aber rechts verhindern, das taugt was.

**Das ist ein lustiger Punkt, denn alle sagen, sie wählen das kleinere Übel. Aber zugeben, dass sie das Übel wählen, tun sie nicht.** Da meinen sie, sie sind schlau, wo sie sich in Wahrheit bloß einverstanden erklärt haben, dass eben nicht die eine, sondern die andere Partei über sie bestimmt in Sachen, wie es mit ihrem Leben und mit ihren gesetzlichen Lebensbedingungen weitergeht.

*Nadim:*

*Viele Kritiken an der demokratischen Regierung beschränken sich oft darauf, dass das eigentlich nicht so läuft, wie es laufen sollte und dass die Leute, die da in der Regierung sitzen, keine Ahnung haben und daher rühren die ganzen Probleme.*

*Aber ist es nicht eine Frage der Souveränität der Demokratie oder der demokratischen Regierung. „Ist denn der demokratische Staat ein autonomer Akteur?“*

*Es ist doch gar nicht so, dass die Regierung wirklich souverän über das ganze Volk regiert.*

*Es gibt doch Enthüllungen über Korruption und Lobby-Einflüsse.*

*Bewegungen, die sich gegen Lobbyismus richten, die beschweren sich darüber, dass Politiker nach dem Amt in die Wirtschaft abwandern, über generelles Geklüngel von Politikern mit der Wirtschaft, dass der ein oder andere dann sogar von eigenen Kapitalinteressen geleitet ist*

*Bei den Linken geht es soweit, dass der Staat direkt und personell als vom Kapital vereinnahmt angesehen wird. Der Staat und die Demokratie seien bloß eine Art legitimatorisches Theaterstück und es gibt da eine Schattenregierung des Kapitals hinter dem Staat.*

Drei Gedanken dazu.

1. Die Kritik Korruption, Lobbyismus von Politik und Wirtschaft hin und her hält selber noch den Maßstab hoch, der zur demokratischen Ordnung gehört. Die Kritik steht auf dem Standpunkt, von dem ich heute geredet habe: Souveräne Macht über die ganze Gesellschaft, keinem Sonderinteresse dienstbar, sondern alle Sonderinteressen unter den Standpunkt des Staatserfolgs subsumiert und ihm dienstbar gemacht. Das wird als die gute Ordnung hochgehalten. Insofern bestätigt die Kritik mit dem Maßstab, den sie anlegt, diese Qualität des demokratischen Staats in der Form, dass das sein sollte. - Korruption ist tatsächlich verboten, also ein kriminelles Delikt. Wer dabei erwischt wird, dass er Geld für Staatsentscheidungen nimmt, wird verknackt.

2. Diese Idee, der Staat wäre vom Kapital gekapert und er wäre dem unterworfen, lebt von einer falschen Trennung zwischen Staat und Wirtschaft. Deswegen behauptet diese Kritik eine falsche, verschwörungstheoretische Identität. Die falsche Trennung besteht darin, zu meinen, der Staat hätte nicht das Interesse am Erfolg der Wirtschaft. Natürlich hat er das. Es ist ja seine materielle Grundlage, die Benutzung möglichst des ganzen Volks als Arbeitskräfte, die Verwandlung aller Bürger in Steuerzahler. Das ist sein Anliegen. Deswegen ist es gar keine Zweckentfremdung oder keine Verfehlung der staatlichen Auftragslage, wenn Politiker sich mit Wirtschaftskapitänen zusammensetzen und sagen, wie machen wir denn das mit der deutschen Konkurrenzposition auf dem Automarkt der Zukunft, wie machen wir denn das mit der Reihenfolge der Umstellung der Energieproduktion von Fossil auf Wind und Sonne? Da helfen die Lobbyisten sogar beim Gesetze machen, weil sie die Bedürfnisse kennen, die Probleme der jeweiligen Branchen. Die Politiker wollen den Erfolg dieser Branchen. Sie brauchen ihn. Insofern ist die Zusammenarbeit und das „Klüngeln“ überhaupt keine der Sache, dem nationalen Erfolgsgesichtspunkt, fremde Verschwörung. Man muss die deswegen auch nicht geheim halten. Zum Lobbyismus gehört, dass er bekannt gemacht wird. Lobbys brauchen ein Register. Die Lobbyisten müssen sich melden, sich registrieren lassen und wenn sie bekannt sind, wenn ihre Zusammenarbeit mit den Gesetzesmachern offengelegt ist, dann ist die Sache in Ordnung.

3. Linke sehen nicht, dass sogar im Interesse der Gewerkschaften der Nationalerfolg, der auf ihre Kosten geht, der auf der Billigkeit ihrer Arbeit beruht, dass sogar die Gewerkschaften am Nationalerfolg in Sachen „Es braucht eine Konjunktur. Es braucht Wirtschaftswachstum. Es braucht Arbeitsplätze“ daran hängen und auch die ein politisches Interesse am Reichtum haben müssen, der nicht ihrer ist. Dann meinen sie, wenn die Politiker mit den Wirtschaftsleuten zusammenstecken und miteinander den Gang der Dinge ausmachen, dann würden sie ihre Pflicht verletzen. Die brauchen das gar nicht geheim zu machen und die machen es auch gar nicht geheim in der Regel, weil das durchaus ihrer Aufgabe entspricht.

Also: Falsche Trennung zwischen Staat und Wirtschaft und deswegen falsche, quasi verschwörerische Identität: Nur durch Pflichtverletzung kann ein Politiker die Interessen der Wirtschaft verfolgen. Nein. Die Interessen der Wirtschaft sind die Interessen der Nation. Das ist ja das Schlimme, dass man in dem System lebt, in dem sogar diejenigen, die nichts davon

haben, davon abhängen, was die Wirtschaft bzw. das Kapital zustande bringt, auf ihre Kosten geht. Aber wenn der Erfolg ausbleibt, dann geht es erst recht auf ihre Kosten.

*Nadim:*

*Begriffe wie Staat oder Demokratie, die viele Leute auch der Linken hoch schätzen und verteidigen. Die Frage nach der Ehrenrettung des Wortes Demokratie. Ganz oft wird gesagt, was Peter beschreibt ist die bürgerliche Demokratie, Demokratie mit Kapitalismus. Was ist denn eigentlich mit sozialistischer Demokratie? Es gibt ja einige Kommunisten, die sich für eine echte Demokratie einsetzen, die nicht beschränkt ist durch den Kapitalismus und ihren Dienstauftrag am Volk durchführen kann. Schüttet man denn nicht das Kind mit dem Bade aus, wenn man den Begriff der Demokratie mit der bürgerlichen Demokratie gleichsetzt?*

Ja, sowas wie „Ehrenrettung der Demokratie“ ist das. Man will unbedingt etwas Gutes an der Demokratie finden und redet deshalb schon wieder nicht über die wirkliche, sondern über die Möglichkeit einer anderen. Warum redet man über etwas, was es nicht gibt? Warum redet man über Möglichkeiten, die man in der Zukunft oder in einer anderen Gesellschaft ausfindig machen will und geht auf diese Weise über das Gesagte hinweg?

Ich habe ein Zitat, an dem will ich zeigen, dass es nicht einfach der Themenwechsel aus der Wirklichkeit ins Reich der Möglichkeiten ist, sondern das es mehr ist:

„Was du beschreibst, ist nur die bürgerliche Demokratie. Das muss nicht gegen Demokratie per se sprechen. Es setzen sich einige Kommunisten für echte Demokratie ein, die nicht durch den Kapitalismus eingeschränkt und in ihrem Dienstauftrag an das Volk behindert wird. Räte-demokratien fallen (mir) als ein linksradikales Konzept ein.“

Da ist jetzt mehr passiert. Es ist die implizite Zurückweisung meiner ganzen Analyse. Das mag der, der so denkt oder so redet, gar nicht merken oder wissen, aber das steckt drin. Man denkt sich jetzt irgendeine Rätegesellschaft aus, irgendetwas Linksradikales, Kommunistisches und stellt sich die Frage: Gibt es nicht auch eine andere Gesellschaft, jetzt muss man sich denken, in der es nicht darum geht, die Leute mit politischer Macht einer ökonomischen Macht zu unterwerfen, die sie für ihnen feindliche Zwecke benutzt, sondern in einer anderen Gesellschaft, in der die Leute selber die für ihren Konsum notwendige Arbeit auf die möglichst zweck- und kräftesparende Weise organisieren und dafür sorgen wollen, dass jeder auch etwas davon hat. Ob nicht auch solche Gesellschaften irgendwelche Wege der Entscheidung brauchen. Denkt man sich so aus.

Da kann man sagen, ja es wird schon so sein. Ich will jetzt gar nicht hineingehen in die Frage, ob da Mehrheitsentscheidungen eigentlich eine gute Idee dafür sind, aber das ist jetzt egal. Die Frage heißt: Haben solche anderen Gesellschaften nicht auch Methoden oder Wege der Entscheidung von Streits oder von Alternativen? Kaum hast du das gesagt, hast du, wie das eben so ist bei einem Vergleich, zwischen der Demokratie, von der wir hier reden, und dieser Zukunftsidee, die man sich macht, eine Identität gesetzt. -Beim Vergleich wird immer Identität gesetzt. Man kann und Äpfel und Birnen vergleichen und zwar als Obst. Also es gibt immer etwas Gemeinsames, wenn ich ein Unterschied ausfindig machen will.-

**Was ist hier das Gemeinsame?**



**Das ist: Demokratie ist eine Art und Weise, gesellschaftliche Entscheidungen zu fällen. Aber das ist diese Demokratie, von der wir reden, also die, die es gibt, definitiv nicht!** Es geht nicht darum, gesellschaftliche Entscheidungen zu fällen. Die Demokratie ist die Weise, wie die Bürger die Entscheidung über sich selber, die sie nie hatten, aus der Hand geben. Das ist etwas vollkommen anderes, als eine Weise Entscheidungen zu fällen. Wenn man jetzt noch mal das Zitat genauer anschaut, dann merkt man, wie diese Identität dort auch schon eingewandert ist in die Darstellung. Da heißt es:  
„Kommunisten setzen sich für echte Demokratie ein, die nicht durch den Kapitalismus eingeschränkt und in ihrem Dienstauftrag an das Volk behindert wird.“

**Dieser Behauptung nach ist die kapitalistische Demokratie eine Entscheidungsgeschichte, die dem Volk dient, aber bloß beschränkt dient. Das ist sie nicht. Die Demokratie ist die Weise, wie die Herrschaft organisiert wird, nicht wie die Bürger eine Entscheidung fällen, aber dabei nicht so frei sind, wie sie frei sein könnten, wenn nicht der Kapitalismus sie beschränken würde.**

Noch dazu dieser Satz „in ihrem Dienstauftrag an das Volk behindern“. Meine Darstellung hat geheißen, die Demokratie nimmt das Volk in den Dienst für den Staat, und nicht, die Demokratie hat einen Dienstauftrag am Volk, aber der fällt im Kapitalismus mitter aus, als er könnte. **Diese Identität, dieses Betrachten der Demokratie als Methode einer Entscheidungsfindung ist eigentlich die Fundamentalideologie, zu dem Gegenstand Demokratie!**

*Nadim:*

*Damit wird auch eine weitere Frage beantwortet, dass Demokratie ein Herrschaftsverhältnis sei, das von den Beherrschenden lediglich legitimiert wird, wird von den Befürwortern der Demokratien nicht wirklich bestritten. Es wird oft argumentiert, dass diese Herrschaft (leider) notwendig sei, um die widerstreitenden Interessen in der Gesellschaft „auszutariieren“ - der sogenannte Gesellschaftsvertrag.*

Darauf einzugehen lohnt sich, weil es noch einmal zurückführt auf den Wahlkampf. Deine Formulierung war: „Gewalt und Herrschaft sind nötig, um Interessensgegensätze auszutariieren.“ Das kann man auch sagen, wenn man so will. Die Politik trägt vor sich den Auftrag her, sie müsse die Interessensgegensätze austariieren. (Kanzlerin Merkel hat mal gesagt, ihre Aufgabe ist es, die widerstreitenden Interessen der Bürger auf einen Nenner zu bringen oder so ähnlich.)

**Aber wenn die Politik sich auf Interessen bezieht, dann ist die fundamentale Leistung des Staates, dass sie die schon hinter sich hat, indem die Politik sich auf die fertigen Interessen der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft bezieht.**

(Die Bauern brauchen billigen Diesel und die Arbeitskräfte brauchen die Arbeitsschutzgesetze und die Familien brauchen die Familienhilfen, das Wohngeld etc.) Die fundamentale Leistung des Staates mit seiner Gewalt, das Eigentum als Rechtsinstitut zu etablieren und zu sichern, diese Gewalt, die Dinge, die allen nutzen, unter die Vorbedingung des rechtlichen Verfügen-Dürfens stellt und damit alle nützlichen Dinge zu Machtinstrumenten im Verkehr der Menschen untereinander umfunktioniert. -Nur durch das Eigentum ist der Besitz einer Maschine ein Instrument andere Menschen sich dienstbar zu machen.- Diese fundamentale Leistung des Staates kommt in der Demokratie nie zur

Sprache, weil die Ebene, auf der Politik betrieben wird, auf der Erwartungen an die Politik gerichtet werden, schon die Ebene der fertigen Interessen ist.

**Deswegen ist der Gedanke, die Gewalt braucht es, um die widerstreitenden Interessen auszutarieren, verkehrt, weil die Staatsgewalt die Quelle der gegeneinander gerichteten und gegeneinander mit Rechten ausgestatteten Interessen ist. Nur auf Basis dieser Garantie gibt es diese Ökonomie mit ihren gegensätzlichen Interessen. Das kommt nicht von der Menschennatur, sondern das kommt vom Eigentum und von der Benutzung des Eigentums als Kapital.**

Wenn man erst mal fertig ist auf der Ebene, dann hat man lauter widerstreitende Interessen und dann kannst du sagen, diese Gesellschaft muss zusammengezwungen werden, denn ohne Zwang würde sie auseinander fliegen.

*Nadim*

*Welche Rolle spielt denn der sogenannte Ausnahmezustand bzw. das Notstandsrecht im demokratischen Verfassungsstaat? Warum wird das in einer Demokratie nicht abgeschafft?*

**Die Demokratie ist die perfekte Form der bürgerlichen Herrschaft über eine kapitalistische Gesellschaft. Sie ist die perfekte Form, weil sie sich der Zustimmung der Regierten versichert und es hinkriegt, deren Unzufriedenheit in ein Bekenntnis zum Staat umzumünzen. Man kann es auch von der anderen Seite her sagen. Weil sie, anders als die vormodernen Formen bürgerlicher Herrschaft, nicht die Interessen der einen Klasse unterdrückt und die Interessen der anderen Klasse zum Staatsgesetz erhebt, sondern sich alle Klassen politisch unterwirft, also auch alle Interessen gelten lässt. Aber sie stellt sie alle unter die Bedingung, dass sie ihre Befriedigung bloß in dem Maß erfahren, in dem sie zum nationalen Gesamterfolg beitragen.**

**Der Notstand ist definitiv nicht die perfekte Form, aber er ist die Form, zu der der Staat greift, wenn die Demokratie nicht mehr funktioniert. Das zeugt davon, dass der Staat höher rangiert als die Demokratie.** Der Staat gibt sich nicht auf, wenn die demokratische Weise, ihn zu organisieren wegen unüberbrückbarer Gegensätze scheitert. Dann ist das Volk eben nicht reif für die Demokratie und dann muss die Freiheit gegen die Bürger quasi mit diktatorischen Mitteln gesichert werden. Also sind die Notstandsgesetze ein schöner Beweis dafür, dass der Staat vor der Demokratie rangiert.

*Nadim*

*Die Kritik mag stimmen Aber gibt's nicht doch noch irgendwie gute Gründe trotzdem mitzumachen? Ganz pragmatisch „Wählen ist verkehrt“ war der Titel einer eurer Vorträge vor ein paar Jahren. Macht es nicht Sinn, mal wählen zu gehen z. B wenn solche Sachen anstehen wie ein Volksentscheid? Ist das nicht ein Aspekt, wo man der Wahl doch noch etwas abgewinnen kann?*

Ein Volksentscheid ist keine Wahl! Das ist etwas Anderes. **Volksentscheide sind schon thematisch so festgelegt, dass an denen sich nicht viel entscheidet.** Ein Volksentscheid darüber, ob der Staat Steuern erheben darf oder nicht ist ausgeschlossen, auch, ob das Eigentum respektiert werden soll oder nicht, oder das Recht auf Arbeit, ob der Staat in der Pflicht wäre, jedem einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen und damit eine Erwerbsquelle.

Volksentscheide kenne ich in Bayern. Da gab's mal: „Soll in Kneipen des Rauchen verboten werden?“ Da kann man das Volk darüber entscheiden lassen. Kürzlich gab es mal einen zum Schutz der Bienen. Zu dem ist es dann gar nicht gekommen, weil die bayerische Regierung gesagt hat, das ist eigentlich ein gutes Anliegen, das machen wir selber und dann haben wir es auch in der Hand, wie es genau ausgestaltet wird.

Es gibt Volksentscheide in verschiedenen Bundesländern, auf Bundesebene gibt es das nicht. In Bundesländern kannst du sie zu verschiedenen Themen wohl aufbringen. In Berlin gab's die Sache mit den Wohnungsgesellschaften. Was leistet ein Volksentscheid?

**Ein Volksentscheid macht eine Vorgabe:** Die Wohnungsbaugesellschaften sollen verstaatlicht werden. Dann ist die Frage der nächsten Regierung, was daraus wird. **Es damit nichts entschieden, sondern dann ist den wirklich Mächtigen ein Votum präsentiert. In der Hauptsache kehrt es nichts um, in der thematischen Wahl sind es Stoffe, die quasi von der Staatsraison und seinen Notwendigkeiten her beliebige Optionen sind und wenn der Volksentscheid gefällt ist, ist wieder alles in der Hand der Regierenden, was genau seine Umsetzung bedeutet.**

Exkurs dazu:

In der Schweiz gab es vor jetzt sicher 15, 20 Jahren ein Volksbegehren zu der Frage, ob man sich der EU anschließt oder weiter annähert und das ist im Sinne dieser SVP, also der Blocher-Partei, niedergestimmt worden. Effekt: Die Regierung in Bern hat alle mit der EU wirklich nötigen Vereinbarungen nicht in der Form einer allgemeinen Annäherung an die EU, sondern in der Form von lauter Einzelverträgen doch organisiert, denn das Industrieland Schweiz braucht nun mal den EU-Markt und muss sich dann auch arrangieren mit den Konditionen, die der übergroße, die Schweiz umgebende Markt ihr setzt. Was haben die Wähler (=Volksabstimmer) erreicht?

Dass es viel komplizierter ausgefallen ist, als es mit einer konstruktiven Vereinbarung mit der EU ausgefallen wäre, aber in der Sache sind die Punkte, die als Überfremdung und als ‚man muss an dieses Ausland auch noch Geld zahlen‘ und so weiter, alle realisiert worden. Also: Der Volksentscheid legt den mächtigen ein Votum vor und was daraus wird, das entscheiden die nach den Bedürfnissen, die ihr nationales Vorankommen so mit sich bringt.

**„Wählen ist verkehrt, aber nicht wählen ist auch verkehrt.“** Das ist in irgendeiner eurer Diskussionen so aufgenommen worden, dass wählen verkehrt ist, aber manchmal soll man das schon machen. Doch: Um Sollen geht es sowieso nicht. Es geht nicht darum, dass wir irgendetwas, was wir sagen, wie eine linke Moral meinen, wenn man ein aufrechter Linker ist, dann tut man das nicht. Darum geht's überhaupt nicht. Wer verstanden hat, was Wählen ist, hat kein Interesse daran, es zu tun.

**Der Satz war nicht gemeint als manchmal soll man schon wählen, sondern der war gemeint als man soll nicht so tun, als ob die Unterlassung der Zustimmung schon irgendein politischer Akt wäre. Das ist noch gar nichts. Man hat nur eines nicht gemacht, was Blödsinn ist, aber man hat nichts gemacht.**

Wer meint, es braucht Änderungen fundamentalerer Art, der muss darauf sinnen, dass man ganz andere Wege zu gehen hat, als zu wählen. Das war das Gemeinte und nicht manchmal aber schon, wie es offenbar aufgefasst worden ist.

Nadim

*Es gibt noch Leuten, etwa Linke Juristen, die sich auf die Verfassung und auf das Grundgesetz beziehen und sagen, über den Enteignungsparagraphen u a könnte man die parlamentarische Demokratie und die Wirtschaftsform umstellen. Das Grundgesetz gebe gar nicht vor, dass diese Wirtschaftsform eine ist, die auf Eigentum und auf kapitalistischer Akkumulation beruhe. Leute wie Wolfgang Abendrot sind Advokaten für Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit dem Ziel, den Kapitalismus aus der Demokratie herauszuhebeln über die eigenen Werkzeuge der Demokratie. Was sagt man dazu?*

Drei Sachen

1. Eine Zurückerinnerung an das schon Gesagte. Das ist eine Weise, sich nicht mit der Demokratie zu befassen, die es gibt und wie sie es gibt. Man betrachtet die Demokratie und jetzt ausdrücklich nicht als das, was sie ist, sondern als Ermöglichung von etwas ganz Anderem. Warum will man nicht wissen, wofür sie da ist und es sie gibt, sondern will sagen, ich könnte mir eine Möglichkeit vorstellen, was sich damit machen ließe? Unser Buch befasst sich mit der Demokratie, die es gibt, mit ihren Verfahren und ihren Leistungen.

2. Diese Möglichkeit des Sozialismus, die in unser Grundgesetz reingeschrieben worden ist mit dem Enteignungsparagraphen, da steht aber drin, im Interesse des Gemeinwohls sind Enteignungen möglich, sofern sie in fairer Weise eine Entschädigung leisten. Das heißt **Enteignung im Sinn von man nimmt jemandem das Eigentum weg, ist nicht gemeint, sondern im Grunde der Formwechsel des Eigentums**. Irgendwer/irgendetwas muss einen Grund hergeben, aber dafür muss er so viel Geld bekommen, wie der Grund/die Sache wert ist. **Das ist die Verewigung des Eigentums, nicht seine Abschaffung. Kurzum: Das ist genau die Sorte Reklamierung einer politischen Hoheit übers Eigentum, wie sie zur kapitalistischen Gesellschaft gehört**. Der Staat hat es nötig, dass er manchmal einen Acker, wo eine Straße gebaut werden soll oder eine Eisenbahnlinie vorbeikommt, enteignet, auch wenn ihn der Bauer nicht gerne hergibt.

Dann gibt's das Institut im vorrangigen Interesse des Gemeinwohls darf man dir das wegnehmen aber nur, wenn dein Eigentum in derselben Größe erhalten bleibt, aber eben in anderer Form, nicht als Acker, sondern als Geldsumme. Diese Enteignung braucht jeder kapitalistische Staat, genehmigt sich auch jeder kapitalistische Staat, ob er das jetzt ins Grundgesetz reinschreibt oder nicht. Sie ist nötig und nützlich für nichts anderes, als diese Gesellschaft, in der es ein kapitalistisches Gemeinwohl gibt, also z.B. Infrastrukturzwecke, die im Interesse des nationalen Wirtschaftserfolgs nötig sind und dann auch übers einzelne Eigentum mal hinweg gehen.

3. Was ist denn das überhaupt für eine Idee?

Jetzt sagt einer, er will Sozialismus haben und dann fragt der, steht denn im Grundgesetz, dass ich das darf? Das ist nah an dem Scherz vom Lenin, der meinte: „Die Deutschen lösen eine Bahnsteigkarte, wenn sie eine Revolution machen wollen.“ Glaubt man denn wirklich, dass man eine Revolution erlaubt kriegt von der Ordnung, gegen die sie sich richtet? Glaubt man denn wirklich, dass man eine Revolution erlaubt kriegen muss, wenn man sie machen will?

Glaubt man, wenn ich das jetzt so nehme, man könnte Politiker beauftragen, wir wählen jetzt die Revolution, macht ihr mal die Revolution für uns, derweil können wir weiter unserem

Beruf nachgehen und Geld verdienen? - Wie absurd ist denn die Idee? Wie staats-treu ist der Gedanke zu sagen, Sozialismus ist in unserer Verfassung erlaubt, also kann man dafür sein?

Ein kleiner Nachtrag zu dem großen Thema, die Demokratie kann mit unzufriedenen Bürgern prima leben, denn sie macht die Unzufriedenheit produktiv für die Erneuerung des Staatspersonals. **In der Demokratie werben Parteien um Zustimmung, um Vertrauen, um die Wahlstimmen der Leute. Wenn sie es schaffen, sind sie der Gegenstand von Hoffnung aufs Bessermachen und von Vertrauen.** Wenn sie an der Macht sind und die kapitalistischen Notwendigkeiten exekutieren, werden sie über kurz oder lang Gegenstand des Misstrauens, Adressat aller Enttäuschungen, manchmal Gegenstand des Hasses. **Immer sind nur Parteien das, worauf sich die politische Zu- und Abneigung bezieht. Der Staat selber und seine Räson sind und bleiben auf diese Weise immerzu aus dem Spiel.** Staat und Staatsräson sind oberhalb von dem, worum gestritten wird. Das wird auch nie thematisiert: **Was ist denn eigentlich die Staatsräson? Die Kunst, eine Herrschaft einzuführen, alle Hoffnung auf ihr Gutmachen und allen Ärger über ihr Schlechtmachen auf das Personal zu beziehen, das dann austauschbar ist, ist die Weise, wie der Staat selber als Gegenstand der Beurteilung und als Gegenstand der Kritik immerzu aus dem Spiel ist.**

*Nadim:*

*Es gibt auch kommunistische Parteien, die sich um das Mitmachen in den Parlamenten bewerben. Die tragen den Kommunismus im Namen wie die KPÖ in Österreich. Dann gab es auch mal früher diese Idee, könnte denn eine kommunistische Partei das Parlament nicht wenigstens nutzen, um irgendwie den Arbeitern den Rücken freizuhalten, ihnen bessere Kampfbedingungen zu schaffen, das Parlament als Bühne des Klassenkampfes nutzen. Was lässt sich denn zu solchen fast schon taktischen Erwägungen sagen?*

Soll man überhaupt viel dazu sagen, weil die Parteien, die gesagt haben, wir nutzen das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes die also Klassenkampf immer noch unterschieden haben von der parlamentarischen Mitwirkung, sind meines Erachtens tot.

Was wir heute als sich kommunistisch nennende oder sonst wie sozialistisch, linkspopulistisch nennende Parteien kennen, da gehört die KPÖ ganz sicher dazu, das sind Parteien, die wollen wenn sie könnten an der Regierung, Politik für die kleinen Leute machen, aber da gehört jetzt das hin, was ich heute sehr früh schon mal gesagt habe.

**Es gibt zwar Alternativen, wie man im Staat seinen Erfolg betreibt. Aber der Erfolgsmaßstab ist immer derselbe, nämlich Wachstum der Wirtschaft als Bedingung der Finanzfreiheit des Staates. Weil das so ist, ist es egal, ob eine Politikerin Wagenknecht oder ein Lindner antritt, ob sie Politik für die kleinen Leute machen wollen oder für die Umwelt oder für die Familien.** So richtig für die Reichen will sowieso nicht mal die FDP Politik machen. Es ist schon egal, für wen sie Politik machen wollen. Sie müssen den Erfolg des Staates hin organisieren als die Bedingung für alle guten Taten, die ihnen einfallen und dann müssen sie alle guten Taten auch funktional dem zu- und unterordnen, was der Erfolg des Staates braucht.

Wenn du die armen Leute besser stellst, dann muss es auch dazu führen, dass sie produktiver sind fürs Land und wenn sie das sind und entsprechend gebraucht werden,

dann kann man ihnen glatt auch höhere Löhne oder längere Urlaube zugestehen. Aber wenn sie teurer werden und der Wirtschaftserfolg erlahmt, dann war das der Beweis, dass man ihnen zu sehr entgegengekommen ist. Umgekehrt umgekehrt. Man kann natürlich die armen Leute schlecht stellen und dann bleibt sehr viel Geld bei den Reichen und die können akkumulieren und wachsen und immer mehr Arbeitsplätze schaffen oder auch wieder abschaffen mit den Produktivitätssteigerungen, die sie dann betreiben. Dann bleibt die Frage, ob für die Produktivität des Volkes, also für die Bedingungen der Benutzbarkeit, das Nötige getan worden ist. Wer will, kann den Artikel von uns zum Bürgergeld lesen, der vor einem halben Jahr erschienen ist. Das waren Überlegungen, da merkt man richtig, wie die SPD sagt, immer mehr auf die Langzeitarbeitslosen draufhauen, hilft auch nichts. Man muss schauen, dass man deren schon kaputt gegangenen Willen zum Konkurrieren, zum Mitmachen, zum Geld erwerben wieder anstachelt, 100% funktional gedacht.

**Die Parteien, die heute als links auftreten, sind welche, die Wohltaten für die armen Leute als Leistung eines erfolgreichen Staates organisieren wollen und dafür sind dann auch die Wohltaten nur in dem Rahmen, in dem sie funktional sind, tragbar.** Weil dem so ist, ist der ganze Gedanke Tribüne des Klassenkampfes eine historische Geschichte, von der man höchstens sagen kann, sie hat über Jahrzehnte zu den Linken geführt, die man heute vor sich hat.

*Nadim:*

*Was ich jetzt schon öfter gehört habe nach einer Befassung von Leuten mit dieser Kritik an der Demokratie. Wenn sie dann sagen, wählen ist nicht in meinem Interesse. Aber was mache ich denn jetzt mit diesem Wissen, was mache ich mit dieser Kritik an der Demokratie? Oder: Wofür ist dieses Wissen gut?*

**Die heute ausgeführte Kritik an der Demonkratie ist erst mal dafür gut, dass man weiß, was man gegen sich hat. Wenn man dann meint, damit mag man nicht leben, dann muss man schauen, was alles nötig ist, um an dem etwas zu ändern. Dazu ist etwas anderes als die Meinungsbildung über die Umstände nicht zu haben.** In einer Zeit, in der die Linken schwach sind, sowieso auch nichts anderes zu machen. Der Gedanke, ich will jetzt etwas praktisch machen, hat dann doch Momente dessen, dass er nicht gelten lassen will, was da jetzt alles überlegt worden ist. Wer sagt, das hilft mir jetzt alles nichts, dem höre ich dann doch wieder an, du hättest gerne ein Politangebot, wo man dir sagen kann, wenn du da unterschreibst, dann wird alles anders, besser oder so etwas Ähnliches. Das kann man nicht bieten. Wir leben in einem System, haben eine gesamte Ordnung gegen uns, jedenfalls die, die diese schlecht finden.

*Nadim*

*Ich war auch erstaunt, dass es vor allem bei diesem Thema oft kam. Die gleichen Linken würden dann niemals sagen, Moment, aber ich lese ja auch drei Bände Kapital und das hat mir auch erstmal nichts geholfen, weil das auch noch nichts geändert hat. Dafür sind die ganz offen. Aber bei dieser Kritik kam mehr Widerstand.*

Dann ist es doch diese Versuchung, dass Demokratie, weil man gefragt wird, ein Angebot an einen ist, dass man sagt, wie man es gern hätte. Jetzt nimmt diese (unsere) Kritik demjenigen, der diesen Überlegungen folgt, dieses Angebot weg. Dann sollen sie halt mal erkennen, dass es keins ist. Dann haben sie auch nicht den Eindruck, dass damit ein Verlust verbunden ist.